



Wehrhafte Demokratie in Europa - Studie

# Herausforderungen und Bedrohungen für die Funktionsweise und die Legitimität der Europäischen Union – Eine albanische Perspektive

der Hanns-Seidel-Stiftung  
vom 07. Juni 2021

Gjergji Vurmo

## Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der  
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser  
Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

# Herausforderungen und Bedrohungen für die Funktionsweise und die Legitimität der Europäischen Union – Eine albanische Perspektive

*Von Gjergji Vurmo\**

## Inhaltsverzeichnis

Methodologische Anmerkungen .....	2
Einführung.....	3
Herausforderungen und Bedrohungen für die Funktionsweise und die Legitimität der Europäischen Union – Eine albanische Perspektive .....	4
Der Erweiterungsprozess als Sorge um die Glaubwürdigkeit der EU .....	4
Die interne Spaltung der EU und die unadressierten Strukturprobleme .....	5
Externe Akteure – Schaden der EU intern und konkurrieren weltweit mit der EU .....	5
(Aushöhlung von) Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und (Aufstieg von) Populismus .....	6
Bedrohungen für den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU.....	7
Globale aktuelle Herausforderungen.....	8

## Methodologische Anmerkungen

Die Erfassung und Bewertung der Relevanz von Faktoren, die die Funktionsweise und die Legitimität der Europäischen Union (EU) bedrohen, mit dem Ziel ihre Bedeutung zu mindern und rechtzeitig auf solche Herausforderungen zu reagieren, ist ein ehrgeiziger Auftrag und ein wenig diskutiertes Thema im öffentlichen und fachlichen Diskurs in Albanien.

Der Autor – selbst ein erfahrener Forscher – hat dieses Thema durch eine Überprüfung des öffentlichen Diskurses und mittels Identifikation von spezialisierten Ressourcen angesprochen, die das Zielthema untersuchen bzw. berühren. In Anbetracht der Knappheit solcher Ressourcen hat der Autor dieses Berichts auf die Erfahrung und das Wissen eines sorgfältig ausgewählten Publikums zurückgegriffen, das durch seine Arbeit gleichzeitig die Fachdebatte über die EU und Albanien prägt. Dementsprechend wurden insgesamt fünfzehn hochrangige Experten, Praktiker sowie derzeitige und ehemalige hochrangige Beamte, die sich mit EU-Angelegenheiten und Albanien befassen, einzeln zu einem Interview gebeten. Ein Drittel von ihnen waren Frauen und fast ebenso viele (1/3) waren Ausländer. Im Laufe der Monate April bis Mai 2021, befragte der Autor dieses Berichts zwölf von denen<sup>1</sup> - acht albanische und vier ausländische Experten; ein Drittel der befragten waren ebenso Frauen. Alle Befragten haben nachweislich Erfahrung mit EU Angelegenheiten und dem Zusammenhang Albaniens und des Westbalkans.<sup>2</sup>

Der Grund dafür, nicht nur albanische Befragten - hochrangige Experten, ehemalige und derzeitige hochrangige Beamte - zu interviewen, sondern auch Auskunftspersonen aus EU-Think Tanks und der akademischen Welt, ist zweifach. Erstens zielt dies darauf ab das Spektrum der Herausforderungen und Bedrohungen für die Funktionsweise und die Legitimität der EU, wie sie in diesem Bericht aufgezeigt werden, zu bereichern und zweitens die Perspektive albanischer Experten und hochrangiger Beamter mit derjenigen der EU-Peers zu konfrontieren, um so etwaige Lücken zwischen dem albanischen Fachdiskurs und dem von den EU-Peers entwickelten Fachdiskurs aufzuzeigen.

---

<sup>1</sup> Die anderen drei - ein mit Albanien vertrauter niederländischer Experte, eine Journalistin, die für ein bekanntes internationales Medium über Albanien und die WB-Region berichtet, und ein albanischer Wirtschaftsexperte - waren für ein Interview nicht verfügbar.

<sup>2</sup> Für eine vollständige Liste aller Befragten kontaktieren Sie bitte Hanns Seidel Stiftung, Projektbüro Tirana.

## Einführung

Die europäische Union durchlebt herausfordernde Zeiten. Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren gefüllt mit bedeutenden Errungenschaften - wie die größte Erweiterung (2004 / 2007) und der Vertrag von Lissabon (2007) - aber auch mit kühnen Prüfungen wie die Finanzkrise (2008), die Migrantenkrisen, der COVID und die internen Auswirkungen und Folgen des demokratischen Rückschritts in einigen der EU-Mitgliedstaaten. Auf der anderen Seite gab es auch in der westlichen Balkanregion wichtige Entwicklungen und Herausforderungen wie die Spaltung zwischen Serbien und Montenegro, die Unabhängigkeit des Kosovo, der EU-Beitritt Kroatiens, die NATO-Erweiterung um Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien, das Aufkommen östlicher Einflüsse (Russland, China, Türkei, Golfstaaten), die mit der westlichen Gemeinschaft (EU, NATO) in der Region konkurrieren, die endgültige Beilegung der griechisch-mazedonischen Streitigkeit und andere Entwicklungen.

Dennoch ist wenig über den EU-Beitrittsweg der Region zu berichten, deren Demokratie rückläufig ist<sup>3</sup> und die EU zunehmend bedroht nicht der einzige Akteur in der Region zu sein. Die Erweiterungspolitik der EU in der Westbalkanregion enttäuscht die Hoffnungen der jungen Menschen und der EU-freundlichen Bürger. Die Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro laufen seit vielen Jahren, konnten aber den transformativen Charakter des Prozesses nicht unter Beweis stellen, ganz zu schweigen von den Aussichten auf eine Mitgliedschaft; Albanien und Nordmazedonien bleiben hinter den Türen der EU, da die Mitgliedstaaten keinen Konsens für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit den beiden Hoffnungsträgern finden können; und schließlich gibt es für den Kosovo immer noch keine Visaliberalisierung, während über Bosnien und Herzegowinas (BiH) Weg in die EU nichts zu berichten ist.

Die Glaubwürdigkeit der EU in den Augen der einfachen Albaner ist im Rückgang begriffen.<sup>4</sup> Der *öffentliche* Diskurs über die EU konzentriert sich in erster Linie auf die Aussichten der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen ohne viel Substanz über den breiteren EU und regionalen Kontext oder gar die notwendigen Vorbereitungen auf nationaler Ebene. Auf der anderen Seite weist der *Fachdiskurs* über die EU in Albanien - wie er von einem besser informierten Publikum aus Praktikern, Experten der Zivilgesellschaft, Akademikern, Wirtschaftsverbänden und Interessengruppen sowie Regierungsexperten, hochrangigen Beamten und politischen Vertretern geführt wird - ähnliche Merkmale auf wie die öffentliche Debatte, obgleich mit stärker betonten Inhalten und aktualisierten Informationen über die interne Entwicklung auf EU-Ebene und über die Beziehungen zwischen der EU und der Region.

Wie der folgende Abschnitt zeigt, neigen jedoch selbst der Fachdiskurs und das informierte Publikum dazu, die Herausforderungen und Bedrohungen, denen die EU gegenübersteht, durch die Brille der Region und der EU-Erweiterungspolitik zu betrachten.

---

<sup>3</sup> Den Berichten "Nations in Transit" von Freedom House haben in den letzten fünf Jahren mehrere Länder in der Region, darunter auch Albanien, eine Verschlechterung der Gesamtbewertung der Demokratie erfahren. Auch andere unabhängige Bewertungen der Medienfreiheit und der Zivilgesellschaft weisen auf beunruhigende Trends hin.

<sup>4</sup> Public Trust in Governance, einer nationalen Umfrage, die jährlich seit 2014 vom Institut für Demokratie und Mediation (IDM) durchgeführt wird – zeigt, dass das öffentliche Vertrauen in die EU von 80 % im Jahr 2018 auf 73 % ein Jahr später (2019) gesunken ist. Dies ist nicht nur auf die Weigerung der EU zurückzuführen, Beitrittsverhandlungen mit Albanien aufzunehmen, sondern auch auf die verstärkte Anti-EU-Rhetorik von Premierminister Rama, der bestimmte Mitgliedstaaten immer wieder für das Veto gegen die Beitrittsverhandlungen verantwortlich machte. Siehe "Trust in Governance 2019" verfügbar unter <https://idmalbania.org/trust-in-governance/>.

## Herausforderungen und Bedrohungen für die Funktionsweise und die Legitimität der Europäischen Union – Eine albanische Perspektive

Faktoren, die die Funktionsweise bzw. die Legitimität der Europäischen Union bedrohen befinden sich im Bereich zwischen den internen Entwicklungen der EU Dynamik und globalen Angelegenheiten und Akteuren. Obwohl der Kontext des Westbalkans die EU bzw. die Mitgliedsstaaten vor verschiedenen Herausforderungen stellt, sind diese weit davon entfernt, die Funktionsweise der EU oder ihre Legitimität zu gefährden. Diese Schlussfolgerung wird von allen Befragten geteilt, von denen viele betonten, *„die Legitimität der EU in der Tat durch verschiedene interne oder externe Faktoren bedroht oder angegriffen werden kann; eine solche Bedrohung kann jedoch besonders verheerend sein, wenn sie von den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten, den gesellschaftlichen Akteuren und den EU-Bürgern im Allgemeinen als solche empfunden wird“*.

### Der Erweiterungsprozess als Sorge um die Glaubwürdigkeit der EU

Fast alle albanischen Befragten (sieben von acht) und ein EU Experte, der für diesen Bericht befragt wurde, nannten die „EU Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik“ und den „EU Beitrittsprozess“ (Albaniens) als einen Faktor, der die Glaubwürdigkeit der EU in Frage stellt, und nicht die Legitimität der EU oder ihre Funktionsweise. Selbst dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Glaubwürdigkeit der EU in den Augen der albanischen Bürger und der Öffentlichkeit der westlichen Balkanländer in Frage gestellt wird.

Die Notwendigkeit, die EU-Erweiterungspolitik und die transformative Kraft des EU-Beitrittsprozesses neu zu beleben, muss von einer neuen Vision für beide ausgehen - die EU und den westlichen Balkan. Viele der Befragten wiesen darauf hin, dass der Erweiterungsprozess für die EU keine Priorität habe und eher als Belastung denn als strategische Entscheidung behandelt werde, die eigentlich die Bemühungen der EU und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Erweiterung 2004 kennzeichnete. Dem EU-Beitrittsprozess selbst mangelt es an Vorhersehbarkeit und er wird sowohl von populistischen Kräften in den Mitgliedstaaten, die sich der Erweiterung widersetzen, als auch von politischen Akteuren in den Beitrittsländern, die sich dem demokratischen Wandel widersetzen, missbraucht. Dies hat nicht nur den transformativen Charakter des Beitrittsprozesses verringert, sondern auch die Fähigkeit der EU, die Entwicklungen in der Westbalkanregion zu beeinflussen.

Andererseits weist der EU-Beitrittsprozess eine Reihe weiterer Mängel auf, wie die Lücke zwischen den Reformen auf dem Papier und der täglichen Realität, die häufig die tatsächliche Umsetzung der angeglichenen Rechtsvorschriften verhindert, der Widerspruch zwischen den Berichten der EU-Kommission und den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten, der in vielen Ländern der Westlichen Balkanregion zu beobachtende Rückgang der Demokratie und die zu optimistischen Aussichten der EU-Kommission K. Diese Unzulänglichkeiten verstärken die Narrative einer nicht glaubwürdigen EU und veranlassen die Öffentlichkeit in der WB-Region, nach Alternativen und nach Partnern im Osten (Russland, in der Türkei und China) zu suchen.

Dennoch stellen die Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der EU in den Beziehungen zu Albanien und dem westlichen Balkan im Allgemeinen keine Bedrohung für die Legitimität oder die Funktionsweise der EU dar.

Dies ist bei den folgenden fünf Faktoren, die in diesem Bericht und von den Schlüsselauskunftspersonen hervorgehoben wurden, nicht der Fall.

## Die interne Spaltung der EU und die unadressierten Strukturprobleme

Sieben (von zwölf) Befragten verweisen auf mehrere ernsthafte Herausforderungen im Zusammenhang mit strukturellen Problemen innerhalb der EU, ihrem Ansatz und ihren Instrumenten zur Abschwächung oder Verhinderung verschiedener Krisen (z. B. Finanzkrise, Migrationskrise, Reaktion auf COVID19) und der Unfähigkeit, widerstreitende nationale Interessen mit gemeinsamen Prioritäten auf EU-Ebene in Einklang zu bringen. Diese Faktoren haben die EU oft dazu gebracht, sich für *einfache Lösungen zu entscheiden, anstatt die strukturellen Probleme anzugehen*. Die Spannungen zwischen der nationalen und der EU-Arena in Verbindung mit dem Fehlen einer gemeinsamen Vision über die EU und schwachen EU-Institutionen halten die Union unvorbereitet, um mit der sich schnell verändernden Realität vergangener, aktueller und zukünftiger potenzieller Krisen fertig zu werden.<sup>5</sup>

Die EU besteht aus (27) Mitgliedsstaaten mit einer Vielzahl von Interessen und nationalen Prioritäten. Dennoch sind es die schwachen Institutionen, auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben, die dazu führen, dass die EU nicht mit einer Stimme sprechen kann. Darüber hinaus macht es das Fehlen einer gemeinsamen Vision über die EU, ihren Mehrwert und die Richtung, in die sie sich bewegt, leichter, die interne Spaltung (statt der Einheit) in den Vordergrund zu rücken. Infolgedessen *ist die EU-interne Governance und eine zielgerichtete Entscheidungsfindung in kritischen Angelegenheiten entweder zu langsam oder unmöglich*.

Diese Schwächen ergeben sich aus den Positionen der Mitgliedstaaten und ihrer mangelnden Bereitschaft, auf bestimmte Prioritäten zum Nutzen der gesamten Union zu verzichten. Ihre Bedeutung wird wahrscheinlich mit der Zunahme der Anzahl oder der Intensität der aktuellen und potenziellen Krisen zunehmen. Die Notwendigkeit einer Vertiefung ist in den letzten zehn Jahren mehr als deutlich geworden, in denen die EU ständig mit verschiedenen Krisen zu kämpfen hatte und nicht in der Lage war, die Mitgliedschaft einer Gruppe von Ländern zu erweitern, die bereits Schwierigkeiten hatten, einen Konsens zu erzielen.

Der erste Faktor bedroht in erster Linie und vor allem ernsthaft die Funktionsweise der EU. Es ist jedoch schwer vorhersehbar, wie sich eine mögliche anhaltende Bedrohung entwickeln könnte, so dass auch die Legitimität der EU beeinträchtigt werden könnte.

## Externe Akteure – Schaden der EU intern und konkurrieren weltweit mit der EU

Externe Akteure werden gleichermaßen als Bedrohung für die Legitimität und die Funktionsweise der EU wahrgenommen.<sup>6</sup> Während alle Befragten auf Russland und China verweisen, ist es wichtig, auch den strategischen Charakter der Partnerschaft zwischen der EU und den USA zu betonen. Insbesondere die vergangenen vier Jahre (2016-2020), die von unterschiedlichen Positionen zwischen den USA unter der Trump-Administration und der EU bzw. den Mitgliedstaaten geprägt waren, veranschaulichen wie schädlich die möglichen Unstimmigkeiten in der euro-atlantischen Partnerschaft sowohl für die USA als

---

<sup>5</sup> Einer der Befragten wies sogar darauf hin, dass der BREXIT zum Teil einem Element zu schulden ist, das (im Vergleich zu den vielen strukturellen Problemen, die zu einer internen Spaltung führen) sogar als marginal angesehen werden kann, nämlich dem Fehlen einer gezielten strategischen Kommunikation seitens der EU. Dies war eine wichtige Schwäche, die von Kräften außerhalb der EU festgestellt wurde, die während der Kampagne im Vereinigten Königreich Fake-News und Fake-Informationen förderten.

<sup>6</sup> Sieben Befragten wiesen auf ernsthafte Bedenken innerhalb dieser Kategorie von Bedrohungen und Faktoren hin.



auch für die EU werden könnten.<sup>7</sup> Da beide Partner sorgfältig darauf achten müssen, ihre Beziehungen neu zu beleben und die euro-atlantische Partnerschaft global besser zu positionieren, muss die EU auch den Einfluss anderer globaler oder regionaler Akteure sorgfältig berücksichtigen.

Der Aufstieg dritter Akteure bedroht derzeit die EU nicht nur aus der Perspektive konkurrierender Interessen auf globaler Ebene, sondern auch aus der Perspektive der Widerstandsfähigkeit und Einheit der EU. Der Mangel an Visionen, die von den EU-Mitgliedern bedingungslos geteilt wird, und die konkurrierenden Interessen auf nationaler und EU-Ebene nähren die Besorgnis über die externen Bedrohungen und deren potenziellen Schaden nicht nur für die finanziellen Interessen der EU, sondern auch für die EU-Governance, die Funktionsweise, die Legitimität und letztlich für die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie in der EU/den Mitgliedstaaten.

Die EU war oft nicht in der Lage, gegenüber Russland oder China Stellung zu beziehen, gerade wegen des Mangels einem internen Konsens unter den Mitgliedstaaten. Die Bedrohung durch externe Akteure hat jedoch im letzten Jahrzehnt ein neues Niveau erreicht: China ist zu einem wirtschaftlichen Konkurrenten geworden, der nun auch den Einfluss der EU und ihre Beziehungen zu Partnern in verschiedenen Regionen der Welt (westlicher Balkan, Afrika, Asien) untergräbt; und Russland zielt zunehmend auf die Sicherheit der EU, die innere Un/Einigkeit und den Einfluss in den Nachbarregionen der EU. Die Mitgliedstaaten waren nicht in der Lage, die gemeinsamen Interessen der EU, eine einheitliche Position gegenüber externen Akteuren, rote Linien und die Beziehungen zu Russland, China oder anderen aufkommenden regionalen Akteuren wie die Türkei oder die Golfstaaten zu definieren. Diese interne Spaltung wurde sowohl von Russland als auch von China weiter gefördert/unterstützt und hindert die EU daran, Bedrohungen zu entschärfen, auf die chinesische Wirtschaftsexpansion zu reagieren und externe Einflüsse in benachbarten Regionen und sogar innerhalb einiger Mitgliedstaaten zu verhindern.

Diese Bedrohungen stammen sowohl aus einer ungeschickten Governance-Struktur auf EU-Ebene als auch aus den Mitgliedstaaten, einige von denen externen Einflüssen zum Opfer fallen, während es allen nicht gelingt, die Schwächen auf EU-Ebene durch die Überwindung der Einschränkungen auf nationaler Ebene zu beheben.

Externe Akteure bedrohen die globale Rolle der EU und ihren Einfluss bzw. ihre Präsenz in verschiedenen Regionen ebenso wie die interne Dimension der EU – ihre Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten. Ihr Hauptziel ist daher die Funktionsweise der EU und ihre Legitimität, was letztlich zu einer schwachen oder gar nicht existierenden Union führen würde. In dieser Hinsicht ist diese Gruppe von Bedrohungen gemischter Natur (materiell und nicht-finanziell), wobei ihre Bedeutung in naher Zukunft wahrscheinlich zunehmen wird. Das wichtigste Instrument, um dieser Bedrohung und den damit verbundenen Risiken zu begegnen, ist die Konsolidierung der EU nach innen und die Stärkung der Partnerschaft mit den USA und der euro-atlantischen (Sicherheits- und Wirtschafts-)Gemeinschaft.

(Aushöhlung von) Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und (Aufstieg von) Populismus

Mindestens die Hälfte der Befragten bezog sich speziell auf Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des Aufstiegs des Populismus, während die anderen Befragten diese Bedrohungen unter

---

<sup>7</sup> Ass Ivan Krastev weist darauf hin, dass einige Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und den USA zwar Zeit brauchen werden, um sich zu erholen, dass sich aber einige andere endgültig verändert haben. Siehe Krastev I. "The crisis of American power: How Europeans see Biden's America" ECFR Policy Brief, 19 January 2021. Source: <https://ecfr.eu/publication/the-crisis-of-american-power-how-europeans-see-bidens-america/>.

der Gruppe "Externe Akteure" und Bedrohungen des Zusammenhalts und der Solidarität (siehe unten) unterordnen.

Freiheit und Demokratie werden weltweit verschlechtert.<sup>8</sup> Die Pandemie hat den Bürgern und der Demokratie selbst in den westlichen Ländern zahlreiche Beschränkungen auferlegt, während viele Führer im Osten sie bewusst zur Stärkung ihrer autokratischen Position missbraucht haben. Der Bericht Nations in Transit (NiT) 2021 von Freedom House weist darauf hin, dass zwei EU-Mitglieder - Ungarn und Polen - in den letzten fünf Jahren den stärksten Rückgang verzeichneten, der je im NiT-Bericht verzeichnet wurde.<sup>9</sup>

Im letzten Jahrzehnt ist die Debatte über das Demokratiedefizit der EU durch die Debatte über den demokratischen Rückschritt in einigen Mitgliedstaaten ersetzt worden, der die Fähigkeit der EU, demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu schützen, noch stärker beeinträchtigt. Die internen Governance-Regeln der EU stellen in dieser Hinsicht eine zusätzliche Schwäche dar, da die Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einem Mitgliedstaat nicht nur die Glaubwürdigkeit der EU, sondern auch ihre interne Funktionsweise und Legitimität in den Augen der EU-Bürger beeinträchtigen kann. Daher steht die EU vor der Herausforderung, dem Autoritarismus und der vorsätzlichen Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit entgegenzutreten, Freiheit und Demokratie zu verteidigen und die Risiken zu mindern, die sich aus der Untergrabung der Solidarität durch einzelne Mitgliedstaaten ergeben. Zusätzliche Faktoren wie die Zunahme des Populismus in der EU und die Schuldzuweisungen zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten machen diesen Prozess noch schwieriger.

Die Bedeutung dieser Bedrohung hängt von der Reaktion der EU und der Kombination interner (Widerstandsfähigkeitsfaktoren-)Faktoren ab. In Anbetracht der hohen Sensibilität, die diese Herausforderung hervorruft, wird ihre Bedeutung wahrscheinlich nur unter der Annahme zunehmen, dass die EU bzw. die Mitgliedstaaten ihre Bedeutung ignorieren würden. Einige Befragte dieses Berichts haben argumentiert, dass diese Bedrohungen auf die Demokratie abzielen, aber nicht unbedingt auf die Funktionsweise der EU selbst. Obwohl es bei diesen Bedrohungen naturgemäß hauptsächlich um Werte geht, könnten ihre Folgen durchaus auch materieller Natur sein.

#### Bedrohungen für den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU

Herausforderungen und Bedrohungen für den Zusammenhalt und die Solidarität können für die EU verheerende Folgen haben, so die Warnung vieler Auskunftspersonen dieses Berichts. Diese Gruppe von Bedrohungen geht sowohl von den Schwächen der EU als auch von einzelnen Mitgliedstaaten aus. Sie stehen in engem Zusammenhang mit anderen Bedrohungen und Herausforderungen, die oben erläutert wurden, wie z.B. externe Akteure, die nicht angegangenen Strukturprobleme der EU und die Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten.

Die Befragten nennen drei Arten von bedrohtem Zusammenhalt und Solidarität - interner Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern, wirtschaftlicher Zusammenhalt und (fehlende) Solidarität. Nicht nur die jüngste Coronavirus-Pandemie, sondern auch frühere Krisen (Finanzkrise, Migrationskrise usw.) haben die Uneinigkeit der EU und den Vorrang nationaler Interessen vor denen der Union deutlich gemacht. Das

---

<sup>8</sup> "New Report: The global decline in democracy has accelerated" Freedom House 3 March 2020. Source: <https://freedomhouse.org/article/new-report-global-decline-democracy-has-accelerated>

<sup>9</sup> See "Nations in Transit 2021 - The Antidemocratic Turn" March 2021. Source: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2021/antidemocratic-turn>



(Miss-) Management von Impfstoffen und der Widerstand, die Last der Flüchtlings- und Migrantenkrise zu teilen, sprechen für eine sehr wackelige EU-Solidarität. Diese Ereignisse haben den ohnehin schon brüchigen inneren Zusammenhalt der EU gestört, der auch unter dem nicht-kollaborativen Ansatz und den prinzipienlosen Positionen einiger Mitgliedstaaten (Ungarn, Polen) gelitten hat. Es ist unnötig zu erwähnen, dass diese Situation ständig von externen Akteuren ausgenutzt wurde, die seit Jahren darauf bedacht waren, sie auszulösen oder zumindest die Kräfte innerhalb der EU zu "erleichtern", die schließlich zu einer gestörten Einheit und einem bedrohten Zusammenhalt führten.

Schließlich offenbaren die Herausforderungen für den wirtschaftlichen Zusammenhalt eine andere Art von Akteur oder Faktor - den Missbrauch von EU-Mitteln, der nicht nur korrupte Beamte, sondern auch das organisierte Verbrechen zusammenbringt. Die regionalen Entwicklungsunterschiede und der mangelnde wirtschaftliche Zusammenhalt zwischen der "Durchschnitts-EU" und den am wenigsten entwickelten Regionen (von denen die meisten im Süden liegen) können zusätzlich zu internen populistischen Narrativen führen, die sogar von externen Akteuren unterstützt werden, mit dem Ziel, sowohl die Funktionsweise als auch die Legitimität der EU zu untergraben.

### Globale aktuelle Herausforderungen

Zwei nicht-albanische Befragten und ein albanischer Interviewpartner weisen auf die letzte Gruppe von Herausforderungen für die EU hin. Obwohl diese Herausforderungen nicht unbedingt die Funktionsweise der EU oder ihre Legitimität gefährden, sind sie nach Ansicht der Befragten dieses Berichts wichtig für die Fähigkeit der EU, auf globale und technologische Prozesse zu reagieren. Die Entwicklung einer solchen Fähigkeit würde die EU in eine bessere Position auf globaler und interner Ebene bringen, was dem Wohlstand ihrer Bürger dient.

In diesem Sinne stellen die Herausforderungen eine Chance dar, die die EU nutzen muss, z. B. durch die Nutzung der grünen Agenda und der Digitalisierung für den Wohlstand, die Vorreiterrolle bei der weltweiten Suche nach einer effizienteren Reaktion auf den Klimawandel und die Erhöhung der Investitionen in moderne Technologien wie künstliche Intelligenz, IKT, Nano- und andere moderne Technologien.

Diese Herausforderungen sind materieller Natur und ihre Bedeutung wird aufgrund des starken globalen Wettbewerbs in diesem Bereich wahrscheinlich sehr schnell zunehmen. Genau in diesem Punkt liegt die Gefahr für die EU. In einer sich schnell verändernden Welt und auf globalen Märkten kann das Versäumnis, aus technologischen Prozessen Kapital zu schlagen, Zweifel an der "Notwendigkeit" einer EU, die ihre Vorteile nicht nutzt, aufkommen lassen,.

*\* Gjergji Vurmo ist Programmdirektor und Senior Researcher für Governance und EU-Integration am Institut für Demokratie und Mediation (IDM) in Tirana und Mitglied der Balkan in Europa Policy Advisory Group (BiEPAG). Er verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in Think Tanks in der westlichen Balkanregion, wo er sich mit guter Regierungsführung, der EU-Erweiterung, dem zivilen Raum und Sicherheitsfragen beschäftigt. Vurmo ist Autor mehrerer Forschungsstudien und hat für globale Berichte über Albanien berichtet, wie z. B. für den Freedom House's Nations in Transit (2018 - heute), Open Government Partnership (2013-18), USAID's CSO Sustainability Index (2010-13) und Open Parliaments 2012 report. Er war Vorstandsmitglied verschiedener Netzwerke von Forschungsinstituten in der Region Südosteuropa (PASOS, BCSDN) und liefert Beiträge zur Region des westlichen Balkans für verschiedene EU-Think Tanks*